

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

36. Sitzung des Bauausschusses (zusätzliche Sitzung)

Sitzungstermin:	Montag, 29.06.2020	
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:20 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Sabine Haltern - SPD		
Thomas-Markus Leber - FDP		
Ulrich Pluschkell - SPD		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		Vertretung für: Herrn Frank Müller-Horn
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Elfi Rostkowski - SPD		
Henning Stabe - CDU		
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Sascha Wienck
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Frau Antje Jansen
Bernd Lutzkat - CDU		Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Dalila Mecker - DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke
Ingo Schümann - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau 2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff
Beiratsmitglieder		
Margret Wulf-Wichmann - Seniorenbeirat		Nur öffentlicher Teil
Gerd Maertens - Seniorenbeirat		Nur öffentlicher Teil
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Dr. Axel Flasbarth - Bündnis 90 / Die Grünen		Nur öffentlicher Teil
Jochen Mauritz - CDU-Fraktion		
Verwaltung		

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Steffi Wolke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Michael Stödter - Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen - 5.061 Fachbereichsdienste	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL	abwesend
Ragnar Harald Lüttke - DIE LINKE	abwesend
2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andreas Zander - CDU	Entschuldigt abwesend
Dr. Ulrich Brock - CDU	abwesend - kein Vertreter anwesend
Frank Müller-Horn - Die Unabhängigen	entschuldigt abwesend
Sascha Wienck - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Beschlussvorlagen	
4	Berichte	
5	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
5.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
5.2	Neue Anfragen	
5.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
5.4	Sonstige Mitteilungen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Freie Wähler & GAL: Wohneigentumsquote in Lübeck steigern!	VO/2020/08669
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Neu- und Umbau von Radwegen	VO/2020/08765
6.3	SPD: Heimat schützen - Siedlungen erhalten!	VO/2020/08787
6.4	SPD+CDU: Verknüpfung ÖPNV und Radverkehr	VO/2020/08806
6.5	SPD+CDU: Umweltschutzmaßnahmen Moislinger Allee	VO/2020/08807
6.6	CDU und SPD: Smart Facility	VO/2020/08809
6.7	CDU: Parkgarage für Fahrräder	VO/2020/08811
6.8	FDP: Beleuchtung am Denkmal für Nationalsozialismus verfolgte Homosexuelle	VO/2020/08816
6.9	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: AT zu VO/2020/08904 - Rechte von Fußgänger*innen in der Corona-Krise	VO/2020/08904-01
6.10	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Antje Jansen (GAL): Sofortige Schaffung von temporären Radspuren (Pop-up Bike Lanes) in Lübeck	VO/2020/08913
6.11	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag zu VO/2019/08495 'Wohnungsmarktbericht 2019'	VO/2019/08495-02

6.12	Die Unabhängigen: Antrag zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2019/08495-03
6.13	Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2020/08743
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Die Unabhängigen: Antrag des AM Frank Müller-Horn zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2019/08495-01
7.1.1	AM Christopher Lötsch (CDU): Änderungsantrag zu VO/2019/08495-01 - Antrag des AM Frank Müller-Horn zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2019/08495-04
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende erläutert, dass in der heutigen Sitzung, nur die Tagesordnungspunkte sechs bis acht des öffentlichen Teils behandelt werden, welche in der Sitzung am 15.06.2020 aus Zeitgründen zurückgestellt worden seien.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 4 Berichte

zu 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 5.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

zu 5.2 Neue Anfragen

zu 5.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 5.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Freie Wähler & GAL: Wohneigentumsquote in Lübeck steigern!
Vorlage: VO/2020/08669**

Herr Howe beantragt die Vertagung dieser Überweisung aus der Bürgerschaft auf die nächste Sitzung am 17.08.2020.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	14
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig um eine Sitzung auf den 17.08.2020.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Neu- und Umbau von Radwegen
Vorlage: VO/2020/08765**

Herr Flasbarth möchte wissen, was bei dem Neu- bzw. Umbau von Radwegen für 2020 / 2021 im Haushalt geplant sei und was notwendigerweise durchgeführt werden müsse. Frau Hagen erläutert, dass 2 Mio. Euro in die investiven Haushaltsplanungen mit einfließen werden und es ggf. noch zusätzlich Fördermittel geben könne. Hinzu käme noch ein Anteil für konsumtive Maßnahmen.

Herr Lötsch beantragt für die CDU-Fraktion, diesen Antrag zu vertagen und bei der Diskussion zum Haushalt 2021 wieder aufzurufen.

Frau Wulf-Wichmann möchte wissen, ob es auch geplante Gelder für die Fußwege gebe. Frau Hagen führt aus, dass dies der Fall sei, da die Verwaltung Geh- und Radwege gemeinsam betrachte. Gehwege seien ja auch Radwege für Kinder bis zu einem bestimmten Alter. Frau Wulf-Wichmann bittet darum, die Gehwege separat aufzuführen.

Der Vorsitzende lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	14
	Ohne Votum	

zu 6.3 SPD: Heimat schützen - Siedlungen erhalten!
Vorlage: VO/2020/08787

Antrag:

Der Bürgermeister gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass für die Gebiete Helldahl (Travemünde) und Weinbergstraße / Gustav-Falke-Straße (Siedlung Gärtnergasse) zeitnah Satzungen verabschiedet werden können mit dem Ziel, den Gebietscharakter der dortigen Siedlungen zu erhalten.

Dadurch sollen die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung unter Erhalt der vorhandenen städtebaulichen Strukturen festgelegt werden.

Zur Sicherung der Planung soll eine Veränderungssperre erlassen werden.

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form einer Erörterungsveranstaltung und eines zweiwöchigen Aushangs durchgeführt werden.

Herr Howe plädiert dafür, die Einschränkungen nicht auf bestimmte Siedlungen der 50er und 60er Jahre zu beschränken. Die Verwaltung solle für eine geordnete, städtebauliche Entwicklung sorgen.

Herr Stolzenberg sieht den Antrag als gut an, allerdings solle die individuelle Situation vor Ort auch eine entscheidende Rolle spielen und zusätzlich solle jeweils auch die Meinung der Verwaltung mit gehört werden.

Herr Pluschkell bittet die Verwaltung hierzu im Bauausschuss zu berichten und erläutert, dass die hier aufgeführten Gebiete seitens der Antragsteller bewusst nicht präzisiert worden seien.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Antrag zu beschließen.

zu 6.4 SPD+CDU: Verknüpfung ÖPNV und Radverkehr
Vorlage: VO/2020/08806

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft bis zum Mai 2020 eine Vorlage entgegen zu bringen hinsichtlich der Ausstattung aller ÖPNV-Schwerpunkthaltestellen mit mindestens vier Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Darüber hinaus möge er bis zum Sommer 2020 berichten über den Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten an den übrigen Haltestellen, die damit verbundenen Maßnahmen und Kosten. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Haushaltsbegleitschusses (VO/2019/08082-27).

Folgende mögliche Standorte für Fahrradparkhäuser sind zusätzlich von der Verwaltung zu prüfen:

- Ein Fahrradparkhaus über den DB-Gleisen im Verlauf der ehemaligen „Gepäckbrücke“ zwischen Nordflügel Hauptbahnhof und Steinrader Weg,
- ein Fahrradparkhaus über den DB-Gleisen parallel zur neuen Bahnhofsbrücke mit Zugang zum Parkhaus und den Bahnsteigen von der Bahnhofsbrücke aus,
- ein Fahrradparkhaus über den ehemaligen Postkasematten parallel zu den DB-Gleisen,
- ein Fahrradparkhaus in der Tiefgarage der Lindenarkaden,
- ein Fahrradparkhaus am ZOB (Fläche für Hotelneubau, sofern dieser nicht mehr aktuell sein sollte),
- ein Fahrradparkhaus im Lindenpark.

Weiterhin soll quartalsweise über die Untersuchung der Standorte berichtet werden. Ebenfalls berichtet werden soll, ob und ggf. wie das Konzept zur Veloparkierung am Bahnhof Basel SBB bei der Planung eines Fahrradparkhauses am Lübecker Hauptbahnhof berücksichtigt werden kann.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft bis zum Mai 2020 eine Vorlage entgegen zu bringen hinsichtlich der Ausstattung aller ÖPNV-Schwerpunkthaltestellen mit mindestens vier Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Darüber hinaus möge er bis zum Sommer 2020 berichten über den Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten an den übrigen Haltestellen, die damit verbundenen Maßnahmen und Kosten. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Haushaltsbegleitschusses (VO/2019/08082-27).

Folgende mögliche Standorte für Fahrradparkhäuser sind zusätzlich von der Verwaltung zu prüfen:

- Ein Fahrradparkhaus über den DB-Gleisen im Verlauf der ehemaligen „Gepäckbrücke“ zwischen Nordflügel Hauptbahnhof und Steinrader Weg,
- ein Fahrradparkhaus über den DB-Gleisen parallel zur neuen Bahnhofsbrücke mit Zugang zum Parkhaus und den Bahnsteigen von der Bahnhofsbrücke aus,
- ein Fahrradparkhaus über den ehemaligen Postkasematten parallel zu den DB-Gleisen,
- ein Fahrradparkhaus in der Tiefgarage der Lindenarkaden,
- ein Fahrradparkhaus am ZOB (Fläche für Hotelneubau, sofern dieser nicht mehr aktuell sein sollte),
- ein Fahrradparkhaus im Lindenpark.

Weiterhin soll quartalsweise über die Untersuchung der Standorte berichtet werden. Ebenfalls berichtet werden soll, ob und ggf. wie das Konzept zur Veloparkierung am Bahnhof Basel SBB bei der Planung eines Fahrradparkhauses am Lübecker Hauptbahnhof berücksichtigt werden kann.

Herr Leber beantragt, dass konkret in dem Antrag noch folgender Passus ergänzt werde:

„Es ist ein Nachweis über Kapazitäten bei unterschiedlichen Varianten der Parkhäuser aufzuführen auch unter besonderer Berücksichtigung von doppelstöckigen Stellanlagen.“

Herr Pluschkell erläutert, dass dies im Antrag auch so gemeint sei.

Frau Hagen führt aus, dass diese Maßnahme analog zu dem Bushaltestellenkataster ausgeführt werden könne, allerdings sehe sie die im Antrag festgelegten Zeiten von Mai 2020 bzw. Sommer 2020 als nicht realistisch an, sie schlage vor, diese Zeiten um ein Jahr zu verschieben.

Herr Pluschkell erläutert, dass es nicht gewünscht sei, erst in 2021 mit einer einjährigen Verschiebung, tätig zu werden. Er sei aber mit einer halbjährlichen Verschiebung einverstanden, so dass aus **Mai 2020 November 2020** werde und dementsprechend der **Termin Sommer 2020 auch angepasst werde**.

Herr Flasbarth merkt an, dass der erste Satz des Antrags bereits von seiner Fraktion in der Bürgerschaft im September 2019 zum Haushalt beschlossen worden sei.

Frau Hagen führt aus, dass mittlerweile viele Haltestellen mit diesen zusätzlichen Fahrradbügeln ausgestattet seien, und dies auch laufend erweitert werde.

Herr Pluschkell und Herr Lötsch teilen mit, dass sie den Antrag von Herrn Leber und die geänderten Zeiten in dem Antrag übernehmen werden.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Antrag mit den Ergänzungen bzw. Änderungen zu beschließen.

zu 6.5	SPD+CDU: Umweltschutzmaßnahmen Moislinger Allee Vorlage: VO/2020/08807
---------------	---

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, den fehlenden Grünstreifenschutz (z.Zt. U.a. Grünstreifen-Schutz-Poller) umgehend wieder herzustellen, um den vorhandenen Grünstreifen zu schützen

- die Schutzabgrenzungen zu den vorhandenen Allee Bäumen wiederherzustellen
- das Gesamt-Erscheinungsbild einer hoch frequentierten Lübecker Hauptstraße zu verbessern.

	einstimmige Annahme	x
--	---------------------	---

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Antrag zu beschließen.

zu 6.6 CDU und SPD: Smart Facility
Vorlage: VO/2020/08809

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt der Bürgerschaft bis zur Juni 2020 Sitzung mitzuteilen, wie im Zusammenhang mit den Smart Facility, das bereits erfolgreich begonnene Projekt Smart KiTa auch für städtische Sporthallen umgesetzt werden kann.

Herr Flasbarth möchte wissen, warum hier gerade speziell Sporthallen angesprochen werden.

Herr Pluschkell merkt an, dass der Bauausschuss hierfür eventuell gar nicht zuständig sei, sondern der Ausschuss für Schule und Sport.

Herr Bunk erläutert, dass es bereits ein bis drei Pilotobjekte gebe, die hierfür in Frage kämen und es auch schon regelmäßige gemeinsame Termine mit den Stadtwerken Lübeck anstünden. Herr Bunk sagt zu, hierüber dann auch regelmäßig im Bauausschuss zu berichten.

Herr Lötsch ergänzt, dass bei diesem Antrag die Gebäude gemeint seien und nicht die jeweiligen Nutzungen, so dass der Bauausschuss das richtige Gremium sei. Er schlägt vor, der Bürgerschaft zu empfehlen, die abschließende Entscheidung der zuständigen Zuordnung zu überlassen.

Herr Fürst stellt den Antrag zu einer Überweisung an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Lübeck als Arbeitsmaterial als Empfehlung des Bauausschusses.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Fürst abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag von Herrn Fürst: 4 Stimmen
Gegen den Antrag von Herrn Fürst: 9 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss lehnt den Antrag von Herrn Fürst mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
Kenntnisnahme		

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Antrag zu beschließen.

zu 6.7 CDU: Parkgarage für Fahrräder Vorlage: VO/2020/08811
--

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob und wie eine Parkgarage für Fahrräder am Beispiel des Velopark Konzeptes der Stadt Basel am Lübecker Hauptbahnhof umgesetzt werden kann.

Ein entsprechendes Konzept soll der Bürgerschaft bis August 2020 vorgelegt werden.

Herr Löttsch merkt an, dass der Inhalt dieses Antrages bereits im interfraktionellen Antrag der SPD und CDU enthalten sei (Verknüpfung ÖPNV und Radverkehr – VO/2020/08806) und er ihn für die CDU-Fraktion als erledigt ansehe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

Der Bauausschuss gibt den Antrag einstimmig ohne Votum zurück an die Bürgerschaft.

zu 6.8 FDP: Beleuchtung am Denkmal für Nationalsozialismus verfolgte Homosexuelle Vorlage: VO/2020/08816

Antrag:

Die FDP beantragt, am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen, Parade 12, eine dem Gedenkort passende zusätzliche und festinstallierte Beleuchtung zu errichten.

Frau Haltern regt an, dass die Verwaltung zusätzlich alle Gedenktafeln bzw. Gedenkstätten für alle durch den Nationalsozialismus verfolgten Gruppen hinsichtlich einer Beleuchtung prüfen möge.

Herr Löttsch schlägt vor, dass die Verwaltung vor dem Haushalt 2021 einen Bericht hierzu vorlegen könne.

Herr Leber sieht die Idee von Frau Haltern als gut an und merkt an, dann auch noch den Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege hinzuzuziehen.

Frau Mecker stellt fest, dass ihre Fraktion DIE LINKE sich diesem Antrag in der Bürgerschaftssitzung am 28.05.2020 mit angeschlossen habe.

Herr Stolzenberg sieht bei diesem Thema ebenfalls einen dringenden Handlungsbedarf und eine schnelle Umsetzung und plädiert dafür, erst einmal nur die hier angesprochene Gedenkstätte zu beleuchten.

Herr Leber schlägt vor, diesen unveränderten Antrag zu beschließen, so dass von der Verwaltung eine schnellstmögliche Umsetzung erfolgen könne. Anschließend könne die Verwaltung alle weiteren Gedenkstätten und –tafeln, der durch den Nationalsozialismus verfolgter Gruppen hinsichtlich einer Beleuchtung prüfen und darüber im Bauausschuss und im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege berichten.

Herr Vorkamp sieht es ebenfalls als wichtig, an erst einmal das Denkmal Parade 12 zu beleuchten und sich dann um die weiteren Standorte zu kümmern.

Frau Hagen führt aus, dass der Antrag relativ schnell seitens der Verwaltung abgearbeitet werden könne.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt den Antrag einstimmig.

zu 6.9	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: AT zu VO/2020/08904 - Rechte von Fußgänger*innen in der Corona-Krise Vorlage: VO/2020/08904-01
---------------	--

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

1.

Der Bürgermeister wird aufgefordert zu prüfen welche Straßen im Lübecker Stadtgebiet temporär in verkehrsberuhigte Bereiche bzw. Shared Space umgewandelt werden können. Bauliche Voraussetzungen, die sonst mit der Errichtung von verkehrsberuhigten Bereichen einhergehen, können hierfür temporär zurückgestellt werden. Für eine entsprechende Ausweisung bzw. Beschilderung dieser verkehrsberuhigten Bereiche ist zu sorgen. Der Bürgermeister soll der Bürgerschaft in der Juni-Sitzung über Straßen berichten.

Um der Problemlage zügig zu begegnen, dass in Lübeck manche Fußwege so beschaffen sind, dass zwei einander begegnende Personen nicht unter Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 m passieren können, sind alternativ geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Bezugnehmend auf die Neuordnung des Straßenraumes gemäß (1.) sollen vor allem hochfrequentierte Straßen einen Schwerpunkt der Prüfung darstellen.

Es soll ferner geprüft werden, auf welchen einzelnen Straßen in Lübeck, die für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen nicht in Frage kommen, ein temporäres Tempolimit von 20 km/h Straßen ausgewiesen werden kann, wenn Fußwege nicht durchgängig eine Breite von mindestens zwei Metern haben.

Herr Leber möchte wissen, ob hier nur eine Prüfung durchgeführt werden solle, oder ob es um konkrete Umsetzungsmaßnahmen gehe. Da der Antrag bereits vom 25.05.2020 sei, möchte es zusätzlich wissen, wie realitätsnah dieser aktuell noch sei.

Herr Flasbarth merkt an, dass es sich bei dem Antrag nur um eine Prüfung handele. Wichtig sei es nur, dass die Verwaltung bei Bedarf ein Konzept in der Schublade habe.

Herr Lötsch stellt fest, dass eine Prüfung auf dem gesamten Gebiet der Hansestadt Lübeck ein sehr großer Aufwand für die Verwaltung sei.

Herr Pluschkell erläutert, dass bei dem Antrag im Bauausschuss von Herrn Howe der Tenor gewesen sei, dass nur die Straßen geprüft werden sollen, die auch ein hohes Fußgängeraufkommen haben und nicht die gesamte Hansestadt Lübeck.

Frau Hagen erklärt, dass so eine Maßnahme nach Auskunft des Gesundheitsamtes nicht notwendig sei.

Herr Howe führt aus, dass bei einer Umsetzung der Maßnahme nicht nur die Coronakrise betrachtet werden dürfe, sondern auch der Klimaschutz.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass im Antrag auf die Coronakrise verwiesen werde und von „temporär“ die Rede sei.

Herr Fürst merkt an, dass die Coronakrise Anlass gewesen sei, auch längerfristige Maßnahmen umzusetzen. Er spricht explizit die Wahnstraße an, wo es an einigen Stellen nicht möglich sei, dass sich zwei Rollstuhlfahrer:innen begegnen können, ohne dass einer/eine auf die Straße ausweichen müsse. Dies gilt es mit dem Antrag zu prüfen.

Herr Flasbarth stellt noch einmal fest, dass nicht die gesamte Hansestadt Lübeck gemeint sei, sondern nur bestimmte Straßen.

Herr Leber appelliert, realistisch zu denken, da es seiner Meinung nach der Verwaltung bekannt sein sollte, wo sich solche Engpässe befinden und diese daher auch schnell reagieren könne.

Herr Stabe sieht in dem Antrag, dass hier mit Blick auf die Coronakrise versucht werden solle in Lübeck flächendeckend 20 bzw. 30 km/h einzuführen.

Frau Haltern bitte um eine Unterbrechung von 5 Minuten.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung (18:02 Uhr)

Der Vorsitzende führt die Sitzung weiter fort (18:10 Uhr).

Herr Vorkamp appelliert noch einmal an die Verwaltung den Zustand der Wahnstraße nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Seiner Meinung nach würde schon eine weiße Linie auf der Fahrbahn in Verbindung mit dem Wegfall von ca. 10 Parkplätzen im Engstellenbereich dazu führen, dass die Situation sich verbessere.

Frau Hagen sagt zu, dass die Verwaltung bezüglich der Wahnstraße im Zuge einer Bestandsaufnahme prüfen werde, was dort relativ schnell umsetzbar sei.

Herr Pluschkell merkt an, dass der Antrag eigentlich schon mit dem beschlossenen interfraktionellen Änderungsantrag der SPD und CDU in der Bürgerschaft zu den 49 Maßnahmen im Zuge des Klimanotstandes, erledigt sei.

Herr Flasbarth führt aus, dass es sich hier um eine Sofortmaßnahme im Zuge der Coronakrise handele und nicht um ein dauerhaftes Programm.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 6.10 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Antje Jansen (GAL): Sofortige Schaffung von temporären Radspuren (Pop-up Bike Lanes) in Lübeck
Vorlage: VO/2020/08913**

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister und die Verwaltung werden aufgefordert, schnellstmöglich temporäre Radspuren, sogenannte "Pop-up Bike Lanes", an folgenden Straßen im Lübecker Stadtgebiet einzurichten:

- Schwartauer Allee
- Fackenburger Allee

Zudem wird die Straße An der Untertrave auf Höhe der Drehbrücke für den Durchgangsverkehr gesperrt und bis zur Holstenstraße temporär zu einer Begegnungsstraße umgewandelt, auf der Fuß-, Fahrrad- und motorisierter Verkehr gleichberechtigt sind.

Ein Rückbau der temporären Infrastrukturen bedarf eines Bürgerschaftsbeschlusses.

Herr Pluschkell möchte wissen, wie weit der aktuelle Sachstand bezüglich des Radschnellweges sei, und ob es auch, im Hinblick auf die Baumaßnahme Bahnhofsbrücke möglich sei, jeweils eine Fahrspur in der Fackenburger Allee und Krempelsdorfer Allee den Radfahrenden zur Verfügung zu stellen und den Kfz wegzunehmen.

Frau Hagen verweist noch einmal auf die bereits im Anhörverfahren befindliche Prüfung der Schwartauer Allee und Schwartauer Landstraße. In der Krempelsdorfer Allee habe diesbezüglich noch keine Prüfung stattgefunden und im Zuge der Fackenburger Allee müsse, bei einer Umsetzung der Maßnahme, der Straßenquerschnitt angepasst werden.

Herr Schröder sagt zu, den aktuellen Sachstand zur Machbarkeitsstudie Radschnellweg zur Niederschrift zu geben.

Nachträglich zur Niederschrift:

Die Machbarkeitsstudie ist noch beim beauftragten Planungsbüro in Bearbeitung und soll im September 2020 vorliegen.

Herr Leber sieht keine Notwendigkeit die Straße An der Untertrave zu einem Shared-Space umzubauen, da diese bereits einen sehr breiten Querschnitt habe.

Herr Flasbarth regt an diese im Antrag geforderten Maßnahmen zur Probe umzusetzen, da momentan aufgrund der Coronakrise weniger Fahrzeugverkehr unterwegs sei.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 6.11 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag zu VO/2019/08495 'Wohnungsmarktbericht 2019'
Vorlage: VO/2019/08495-02

Antrag:

- 1) Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Erarbeitung von Bebauungsplänen mit überwiegend freistehenden Einfamilienhäusern (Wulfsdorf, Holzkoppel, Steinrader Damm) zurückzustellen, bis das Ziel eines Planungsrechts für 5.000 neue Wohneinheiten seit 2015 erreicht ist.

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis August 2020 ein Konzept vorzulegen, wie der Bestand an Sozialwohnungen bis 2025 auf 12.000 Wohneinheiten erhöht werden kann. Darin möge der Bürgermeister auch darlegen, wie und mit welchem bisherigen Ergebnis sowie voraussichtlichem Einfluss auf das o.g. Ziel er sich gemäß des Beschlusses vom 28.3.2019 (VO/2019/07446) auf Landesebene dafür eingesetzt hat, dass die Bindungsfristen für Sozialwohnungen verlängert werden können.

Herr Flasbarth möchte wissen, was die drei im Antrag aufgeführten Baugebiete für die Verwaltung in Bezug auf die Dauer der Abarbeitung und im Zusammenhang mit Verzögerungen bei anderen B-Plänen bedeuten.

Frau Hagen führt aus, dass diese drei B-Pläne genauso formal abgearbeitet werden, wie andere Pläne. Hierbei handle es sich allerdings um ein verkürztes Verfahren. Ziel sei es, Verzögerungen bei anderen B-Plänen im Rahmen zu halten.

Herr Schröder ergänzt, dass ein Arbeitsaufwand da sei, dieser aber nicht in Abgleich mit anderen Verfahren quantifizierbar sei.

Frau Haltern merkt an, dass es bezüglich Punkt 1 des Antrages wichtig sei in Lübeck einen Mix hinzubekommen und alle möglichen Bedarfe abzudecken, sei es sozialer Wohnungsbau oder auch Einfamilienhäuser. Zum Punkt 2 erwähnt sie, dass dieser Auftrag an den Bürgermeister bzw. die Verwaltung bereits in der Bürgerschaftssitzung am 28.03.2019 ergangen sei. Demnach bestehe dieser Auftrag schon.

Herr Howe merkt an, dass der soziale Wohnungsbau Vorrang haben müsse, da hier ein großer Bedarf sei. Die B-Pläne in den Außenbereichen sollten zurückgestellt werden.

Herr Flasbarth führt aus, dass momentan sehr viele Einfamilienhäuser in Lübeck zum Kauf angeboten werden, aber die Nachfrage nicht sehr groß sei, deshalb bringen die B-Pläne im Außenbereich keine Entlastung.

Herr Vorkamp merkt an, dass er das durch den Bauausschuss beschlossene halbjährliche Berichtswesen (Aktualisierung der Liste der B-Pläne) zum Wohnungsmarkt hier vermisse.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 6.12 Die Unabhängigen: Antrag zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2019/08495-03**

Herr Stolzenberg berichtet, dass dieser Antrag aus der Bürgerschaft identisch mit dem Antrag unter TOP 7.1 (VO/2019/0849-01) von Herrn Müller-Horn sei.

Herr Lötsch teilt mit, dass der Bauausschuss beschlossen habe, alle Anträge im Zusammenhang mit der Entwicklung der Neuen Teutendorfer Siedlung vorerst einmal so lange zu vertagen, bis der Investor ein Konzept vorstelle, was er dort umsetzen möchte. Da dieser Antrag inhaltlich mehr mit der Entwicklung der Neuen Teutendorfer Siedlung zu tun habe, als mit dem Wohnungsmarktbericht, bittet Herr Lötsch auch um Vertagung.

Herr Stolzenberg stimmt einer Vertagung zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 6.13 Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2020/08743**

Antrag:

In allen B-Plänen, die noch keinen Satzungsbeschluss haben, wird ein mindestens 30-prozentiger Anteil an Sozialem Wohnungsbau geschaffen, und zwar anhand der gesamten Bruttogeschossfläche des B-Plans.

Desweiteren wird ein 20-prozentiger Anteil (ebenfalls bezogen auf die gesamte Bruttogeschossfläche des B-Plans) von Mietwohnungen geschaffen, deren Kaltmiete am Zweiten Förderweg des Sozialen Wohnungsbaus ausgerichtet ist (8 €/qm).

Herr Howe erläutert den Antrag ausführlich.

Herr Lötsch merkt an, dass dieses Verfahren zu einem großen Zeitaufwand und einer Verzögerung bei vielen aktuellen B-Plänen führen würde.

Herr Stolzenberg rät davon ab, hier eine pauschale Regelung zu treffen, da hiervon dann auch B-Pläne in Gewerbegebieten betroffen seien. Dies sei nicht zielführend.

Herr Howe erklärt, dass Gewerbegebiete hiervon ausgenommen seien. Es müsse zu jedem B-Plan diskutiert werden, ob diese Maßnahme hier greifen solle.

Frau Haltern merkt an, dass alle Fraktionen für den sozialen Wohnungsbau seien, aber es dürfe nicht in Kauf genommen werden, dass die Politik handlungsunfähig werde und sich einenge.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Die Unabhängigen: Antrag des AM Frank Müller-Horn zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2019/08495-01**

Antrag:

1. Im B-Planverfahren 32.61.00 - Neue Teutendorfer Siedlung - ist die Anzahl der Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau von jetzt 87 Wohnungen (31%) um 110 auf 197 (70%) Wohnungen zu erhöhen. Von den zusätzlichen 110 Wohnungen sind 55 (20%) im Sozialen Wohnungsbau, zweiter Förderweg (8,-/qm), und 55 (20%) Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau zu realisieren. Dadurch reduziert sich die Anzahl der Eigentumswohnungen um 112 auf 84 (30%) Einheiten.
2. Bei dem Verkauf von Einfamilienhäusern und der Vermietung von Wohnungen im Geschosswohnungsbau sollen vorrangig Interessenten mit Lübeck-Bezug berücksichtigt werden (örtliche Nachfrage, junge Familien, Pendler, Heimkehrer etc.).
3. Der Anteil der Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau und die Quote von Sozialbauwohnungen sowie der Anteil der freifinanzierten Wohnungen sind im städtebaulichen Vertrag gem. § 11 Abs. (1) Ziffer 2 BauGB festzuhalten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wird durch den zuvor unter TOP 7.1.1 abgestimmten Antrag ersetzt.

**zu 7.1.1 AM Christopher Lötsch (CDU): Änderungsantrag
zu VO/2019/08495-01 - Antrag des AM Frank Müller-Horn
zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2019/08495-04**

Antrag:

I

Der Bürgermeister wird gebeten, bis September 2020 den überarbeiteten Bericht mit folgenden Ergänzungen vorzulegen:

1. Prüfung, ob die Beratungsstelle "Wohnen im Alter" der Lübecker Wohnungsgesellschaften auch die Beratung älterer Menschen, die aus einem Haus oder einer Wohnung in eine altengerechte Wohnung umziehen möchten (Generationstausch, Umzugsmanagement / Untersuchung), übernehmen kann.
2. Einen Vorschlag, wie der Mangel an Einfamilienhaus-Grundstücken ausgeglichen werden kann.
3. Die Stadt kommt auf einen zusätzlichen Bedarf von rund 3.900 Wohnungen bis 2025, der befriedigt werden kann, weist aber auf andere gleichwertige Prognosen hin, die von einem Bedarf von 5.900 bis 7.500 Wohnungen ausgehen. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, warum diese unterschiedlichen Bedarfe entstehen und dies zu begründen. Welche Maßnahmen werden zur Deckung evtl. zusätzlicher Bedarfe benötigt?

II

Die Arbeitsaufträge des Beschlusses zum Kurswechsel in der Wohnungspolitik aus dem März 2019 sind noch nicht vollständig abgearbeitet. Der Bürgermeister wird erneut beauftragt,

- sich auf Landesebene (Landesregierung, Städteverband usw.) für eine Verlängerung der Bindefrist für Sozialwohnungen einzusetzen,
- zu prüfen, inwieweit auf gewerblichen Immobilien mit verhältnismäßig geringem Aufwand zusätzlicher preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden kann,
- zu untersuchen, welche städtischen Bauflächen kurzfristig (bis Ende 2022) durch die Grundstücksgesellschaft Trave erschlossen und bebaut werden können;
- zu untersuchen, welche städtischen Bauflächen kurzfristig (bis Ende 2022) durch die KWL erschlossen und veräußert werden können,
- ein Konzept zu erarbeiten mit dem Ziel, bei der Vermarktung von Baugrundstücken und Wohnungen bevorzugt Lübecker Bürger:innen (z.B. jungen Familien) zu berücksichtigen,
- vorhandene Baulücken sowie Industrie- und Gewerbeflächen zu ermitteln, die für Wohnungsbau zur Verfügung stehen,

und die Ergebnisse bis spätestens August 2020 der Lübecker Bürgerschaft vorzulegen.

III

Dem Bürgermeister wird empfohlen, die Verwaltungsstruktur so zu verändern, dass Bebauungspläne zügiger aufgestellt und beschlossen werden können. Gegebenenfalls sollen hierfür zusätzliche Mitarbeiter:innen eingestellt oder Leistungen extern vergeben werden. Der Bürgermeister wird gebeten, seine diesbezüglichen Veranlassungen spätestens bis zur kommenden Bürgerschaftssitzung darzulegen.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss beschließt den Änderungsantrag mehrheitlich.

zu 8 **Verschiedenes**

8.1 - Sachstand aktuelle B-Pläne – Sozialer Wohnungsbau

Der Vorsitzende teilt mit, dass in der Bürgerschaftssitzung vom 28.05.2020 von der Fraktion Die Unabhängigen eine Sondersitzung des Bauausschusses zum Thema Sozialer Wohnungsbau gewünscht wurde. Hierzu wolle er gerne den Bauausschuss selber entscheiden lassen.

Anstelle einer Sondersitzung schlägt Herr Lötsch vor, dass es in der Sitzung am 17.08.2020 eine Gesamtübersicht zum aktuellen Verfahrensstand bei den laufenden B-Plänen seitens der Verwaltung geben werde. In jeder nachfolgenden Sitzung werde es dann, in Form eines mündlichen Berichtes oder einer mündlichen Mitteilung, detaillierte Informationen zu einem vorab bestimmten B-Plan geben.

Herr Stolzenberg spricht das oftmals vorhandene Gegeneinander der Fraktionen in der Bürgerschaft an und plädiert hierfür, dass es eine annähernd einheitliche Linie geben solle. Wichtig wäre es, sich bei den einzelnen B-Plänen Zeit zu nehmen, die es in einer herkömmlichen terminierten Sitzung nicht gebe, aber eher in einer Sondersitzung.

Herr Vorkamp sieht den Vorschlag von Herrn Stolzenberg als positiv an, da in einer solchen Sitzung spezielle Fragen beantwortet werden könnten.

Herr Leber erläutert, dass zu Bedenken sei, dass sich eventuell auch andere Ausschüsse mit einzelnen Thematiken auseinander setzen müssen. Er sehe eher gemeinsame Ausschusssitzungen mit anderen Ausschüssen bei komplexen Themen als zielführend an.

Herr Lötsch führt aus, dass es auch möglich sei, zu einem speziell ausgewählten B-Plan in der Sitzung die betroffene Baugesellschaft mit einzuladen. Bei den alle 14 Tage stattfindenden Sitzungen des Bauausschusses sei es auch schwierig, noch einen weiteren Termin zu finden.

Frau Haltern unterstützt die Meinung von Herrn Lötsch, da es aus ihrer Sicht effizienter sei, jeweils einen Plan pro Sitzung zu diskutieren.

Herr Stolzenberg führt aus, dass man die von Herr Lötsch vorgeschlagene Vorgehensweise bis Ende 2020 im Bauausschuss einmal ausprobieren sollte.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem Vorschlag von Herrn Lötsch einstimmig zu.

8.2 – Verkehrsführung in Travemünde

Frau Haltern stellt folgende Fragen zu dem unter TOP 5.4.4 in der Sitzung am 15.06.2020 vorgestellten Verkehrskonzept für Travemünde:

Laut Prognose im Mobilitätskonzept gibt es ein Verkehrsaufkommen von ca. 5.000 Fahrzeugen pro Tag in der Vogteistraße. An der Einmündung Gneversdorfer Weg / Vogteistraße kann es, insbesondere bei Schließung der Bahnschranke, zu längeren Wartezeiten kommen. Dadurch könnte die Verbindungssachse Vogteistraße für den Verkehr unattraktiv werden und er sich auf eine Ausweichverbindung Kurgartenstraße / Torstraße verlegen.

Wurden für diesen Fall Stresstest bzw. Simulationsläufe für die Kurgartenstraße / Torstraße durchgeführt?

Im Mobilitätskonzept ist für die Einmündung Gneversdorfer Weg / Vogteistraße eine Ampelanlage in Verbindung mit einer BÜSTRA angedacht.

Wurden schon Gespräche mit der Deutschen Bahn hinsichtlich der Einrichtung einer BÜSTRA an der Einmündung Gneversdorfer Weg / Vogteistraße geführt?

Für die Kreuzung Travemünder Landstraße / Teutendorfer Weg wurde dies ebenso angedacht.

Gab es hier schon Gespräche mit der Deutschen Bahn?

Wurde die im Mobilitätskonzept beschlossene Prüfung eines Shuttlebus-Verkehrs in Travemünde schon vorgenommen?

Ist mit dieser vorgelegten Planung der folgende Punkt „3. Umgestaltung der Vogteistraße“ aus dem Mobilitätskonzept noch umsetzbar?

Frau Haltern möchte auch wissen, ob diese Planungen noch vor Ort im Ortsrat vorgestellt werden.

Frau Hagen erläutert, dass eine Vorstellung im Ortsrat zeitnah geplant sei.

Herr Stödter erläutert, dass es bei der vorgestellten Planung viele Vor- und Nachteile gebe und diese durch die Verwaltung abgewogen worden seien. Das neue, nun vorgestellte Konzept, habe deutlich mehr Vorteile als die bisherige Planung. Er führt weiter aus, dass eine Ausweichstrecke über die Kurgartenstraße und Torstraße verkehrlich verboten sei und daher auch nicht genutzt werden dürfe. Herr Stödter merkt an, dass es bisher mit der Deutschen Bahn informelle Gespräche wegen der BÜSTRA-Anlage gegeben habe, aber noch nichts detailliert festgelegt wurde. Zu einem möglichen Shuttlebus gebe es bisher noch kein Konzept, allerdings auch schon erste Gespräche mit dem Stadtverkehr Lübeck.

Herr Mauritz merkt an, dass die nun vorgestellte Umdrehung der Kurgartenstraße im Mobilitätskonzept nicht enthalten sei, und er möchte wissen, wo die Punkte seien, die seinerzeit seitens der Politik ausgearbeitet und beschlossen wurde.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es möglich sei, den Linksabbieger aus der Vogteistraße ca. fünf Meter weiter nach hinten zu verlegen.

Herr Stödter erklärt, dass dies vor Ort mit Bussen praktisch geprüft wurde, aber dann keine Übersicht mehr bestehe. Würde dies über eine Ampelanlage gelöst werden, ginge dies auch nur mit einer BÜSTRA-Anlage.

Herr Pluschkell führt aus, dass die Linie 30, die halbstündlich verkehre über eine spezielle Anforderung die Fußgängerampeln an der Kreuzung Gneversdorfer Weg / Torstraße auf „Rot“ setzen könne, um dann vom Gneversdorfer Weg links in die Torstraße einzubiegen. Zusätzlich könnte eine verkehrsberuhigte Zone um die St. Lorenzkirche entstehen.

Herr Stödter erläutert, dass dies auch geprüft wurde, aber straßenverkehrsrechtlich nicht möglich und umsetzbar sei.

Herr Pluschkell regt an, sich hierfür eine Sondergenehmigung vom Land zu holen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 19:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und beendet gleichzeitig die Bauausschusssitzung.

Lübeck, den 26. August 2020

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung